

Zu den Reichstagswahlen.

Die Bevölkerung des norddeutschen Bundes soll in Kurzem Vertreter zum ersten ordentlichen Reichstage des Bundes wählen. Das preussische Volk hat durch die Wahlen im vorigen Februar bekundet, daß es der Regierung unseres Königs in der Durchführung ihrer großen Aufgabe für Deutschlands Einheit und Wohlfahrt treu zur Seite stehen will. Die Hoffnungen, welche sich an die Beratungen des ersten norddeutschen Parlaments knüpfen, sind durch die Einigkeit der Regierung und der Volksvertretung erfüllt worden: aus jenen Beratungen ist eine Verfassungs-Urkunde hervorgegangen, durch welche die einheitliche und lebenskräftige Entwicklung der Nation gesichert erscheint. Am 1. Juli ist die neue Verfassung Norddeutschlands unter Preussens Führung ins Leben getreten. Jetzt kommt es darauf an, durch eine weitere geistliche Entwicklung alle die Reize nationalen Segens zu befruchten, welche in der neuen Schöpfung enthalten sind. Wiederrum wendet sich unser König mit Vertrauen und mit Zuversicht an sein Volk, daß es ihm durch die Wahl tüchtiger und gewissenhafter Abgeordneten helfe, eine segensreiche Entwicklung des Bundes zu fördern. Das preussische Volk, welches in den jüngst verfloßenen Jahren reichlich erfahren hat, daß das Streben des Königs und seiner Regierung nur auf das Wohl und die Größe des Vaterlandes gerichtet ist, wird durch die Wahl seiner Abgeordneten gewiß von Neuem den Beweis geben, daß es in dem festen Vertrauen und in dem innigen Zusammenwirken zwischen Regierung und Reichsvertretung die sicherste Bürgschaft für eine weitere heilsame Entwicklung des Bundes erkennt. Alle treuen Patrioten werden von Allem dafür zu sorgen haben, daß ihnen die Ausübung ihres Wahlrechts gesichert sei. Sie müssen sich deshalb davon überzeugen, daß ihr Name in den Wählerlisten richtig verzeichnet sei. Zu diesem Zwecke ist die Auslegung der Listen vom 20sten Juli, also vom nächsten Sonnabend an auf 8 Tage vorgeschrieben. Wähler zum Reichstage ist jeder unbescholtene Staatsbürger eines der zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.

In jedem Wahlkreise wird ein Abgeordneter gewählt. In jedem Wahlbezirk sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen werden. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen, worauf die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind. Wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies innerhalb 8 Tagen nach dem Beginne der Auslegung derselben bei dem Gemeindevorstande oder dem von demselben dazu ernannten Kommissar schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben, und muß die Beweismittel für seine Behauptung, falls dieselben nicht auf allgemeiner Kunde beruhen, beibringen. Nachdem auf diese Weise die Wählerliste abgeschlossen worden, ist jede spätere Aufnahme von Wählern in dieselbe untersagt. Jeder, der es mit seinem Rechte und mit seiner Pflicht ernst nimmt, möge also darauf achten, daß er nicht durch ein Versehen des Wahlrechts verlustig gehe. (Prov.-Corr.)

Deutschland.

Berlin, 17. Juli. Die nun auch die „Prov.-Corr.“ meldet, ist der Minister-Präsident Graf von Bismarck von Sr. Maj. dem Könige zum Bundes-Ranzler des norddeutschen Bundes ernannt worden. Dem Bundeskanzler steht (nach Art. 15 der Bundes-Verfassung) der Vorsitz im Bundesrathe und die Leitung der Geschäfte desselben zu. Ferner bedürft alle Seiten des Bundes-Präsidenten (der Krone Preussens) im Namen des Bundes zu erlassenden Anordnungen und Verfügungen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Bundeskanzlers, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt; derselbe ist der einzige verantwortliche Minister des Bundes. Dem Bundeskanzler ist (nach Art. 15 der Verfassung) ferner das Recht vorbehalten, sich durch ein anderes Mitglied des Bundesrathes, vermöge schriftlicher Ernennung, vertreten zu lassen. Dieser Stellvertreter wird den Titel eines „Bundes-Vize-Ranzlers“ führen. Die Vertheilung der Geschäfte des Bundesrathes ist in der Bundesverfassung selbst vorgeschrieben; es sollen (nach Art. 8) folgende 7 Ausschüsse gebildet werden: 1) für das Landheer und die Festungen, 2) für das Seewesen, 3) für Zoll- und Steuerwesen, 4) für Handel und Verkehr, 5) für Eisenbahnen, Post und Telegraphie, 6) für Justizwesen, 7) für Rechnungswesen. Die Mitglieder der beiden ersten Ausschüsse für das Heer und das Seewesen werden von dem Könige ernannt, die der fünf anderen Ausschüsse vom Bundesrathe gewählt. In jedem dieser Ausschüsse sollen außer dem Präsidium (Preußen) mindestens zwei Bundesstaaten vertreten sein. Das preussische Mitglied führt auch in den Ausschüssen das Präsidium. Den Ausschüssen werden (nach Art. 8) die zu ihren Arbeiten nötigen Beamten zur Verfügung gestellt. Dem Bundes-Präsidenten steht (nach Art. 18 der Verfassung) die Ernennung aller Bundesbeamten zu. Dasselbe hat die Beamten für den Bund zu vereidigen und erforderlichen Falls deren Entlassung zu verfügen. Die Einrichtung der Bundesverwaltung, welche sich der Eintheilung des Bundesrathes im Ausschüsse anzuschließen haben wird, dürfte der erste Gegenstand der Fürsorge des so eben ernannten Bundeskanzlers sein. Das Bundesgesetzblatt, welches (nach Art. 2 der Bundesverfassung) Behufs rechtsverbindlicher Verkündung der Bundesgesetze gegründet werden soll, wird in den nächsten Tagen ausgegeben werden. Die erste Nummer desselben wird nach der Verfassung des norddeutschen Bundes die Ernennung des Bundeskanzlers und die Verordnung des

Bundes-Präsidenten wegen der Gründung des Bundesgesetzblattes selbst enthalten.

— Die Nachrichten von einem Wechsel in der Person des preussischen Botschafters in Paris sind nach der „Prov.-Corr.“ völlig grundlos. Auch von einem bevorstehenden Wechsel in der Person des französischen Botschafters in Berlin ist in unterrichteten Kreisen bisher Nichts bekannt.

— Der preussische Contre-Admiral Jachmann wird dem bei Portsmouth stattfindenden großen Manöver der englischen Flotte beiwohnen.

— Auf Allerhöchsten Befehl tritt am 20. d. Mts. hier eine Kommission zusammen, um einen im Kriegsministerium ausgearbeiteten Entwurf zu einer Landwehr-Instruktion zu begutachten.

— In der „Wiener Presse“ liest man wieder, daß zwischen Preußen und Rußland ein Schutz- und Trutzbündnis abgeschlossen sein soll, dessen Spitze auch gegen Oesterreich gerichtet sein könnte. Hier glaubt man an ein solches Bündnis nicht, am wenigsten aber würde es gegen Oesterreich gerichtet sein, mit welchem Preußen sich auf einen freundschaftlichen Fuß zu stellen bemüht ist. In der orientalischen Frage, auf die man zielt, ist keine Krisis bei der Stellung Englands zur Sache zu besorgen, und auch in den andern politischen Fragen liegt ein Grund zur Besorgnis einer Friedensstörung nicht vor. Jenes Gerücht über einen Allianz-Vertrag zwischen Preußen und Rußland ist ohne Zweifel in die Presse geworfen, um die Polemik gegen Preußen in österreichischen und französischen Blättern neu zu beleben und der Agitation neue Nahrung zuzuführen.

— Die Verhältnisse der neuen Landestheile, schreibt die „Prov.-Corr.“, bilden fort und fort einen hauptsächlichsten Gegenstand der Fürsorge und Thätigkeit unserer Regierung. Auf Grund der Vollmacht, welche derselben von der Landesvertretung dazu erteilt worden ist, müssen die Einrichtungen der neuen Landestheile allmählig mit denen der bisherigen preussischen Monarchie in Zusammenhang gebracht und möglichst ausgeglichen werden. Neuerdings ist dies in Betreff der Strafgesetgebung, der Finanzverwaltung und der Steueresetgebung geschehen. Die bezüglichen Anordnungen der Staatsregierung haben (wie dies kaum anders möglich ist) vielfach Widerspruch aus den neuen Landestheilen erfahren: man hat es als unbillig bezeichnet, das den neuen Provinzen ihre bisherigen Finanzverhältnisse nicht belassen, sondern mit dem Gesamtvermögen des Staates vereinigt werden, ferner daß denselben die preussischen Steuern, die preussischen Strafgesetze ohne Befragung ihrer besonderen Vertretungen auferlegt werden. Man beruft sich darauf, daß der König bei der Besitzergreifung zugesagt habe, die Gesetze und Einrichtungen der neuen Lande erhalten zu wollen, so weit sie der Ausdruck berechtigter Eigenthümlichkeiten seien. Die Einwendungen werden im „Staats-Anzeiger“ zunächst in Bezug auf die Finanz- und Steuerverhältnisse der neuen Landestheile mit den bereits im gestrigen Abendblatte mitgetheilten Bemerkungen zurückgewiesen. Aber auch in anderen Beziehungen ist die Allerhöchste Zusage in Betreff der Erhaltung berechtigter Eigenthümlichkeiten vielfach irrthümlich ausgelegt worden. Jener Zusage war von vornherein die ausdrückliche Einschränkung hinzugefügt, daß die Gesetze und Einrichtungen der neuen Landestheile, welche der Ausdruck berechtigter Eigenthümlichkeiten sind, insoweit erhalten werden sollen, als sie in Kraft bleiben können, ohne den durch die Interessen des Staats bedingten Forderungen Eintrag zu thun. In der gleichzeitig ergangenen Proclamation des Königs an die Bewohner der neuen Landestheile war angekündigt: „Eine gleiche Vertheilung der Staatslasten, eine zweckgemäße, energische Verwaltung, sorgsam erwogene Gesetze, eine gerechte und pünktliche Justizpflege, kurz alle die Garantien, welche Preußen zu dem gemacht, als was es sich jetzt in harter Probe bewährt hat, werden Euch fortan gemeinsame Güter sein.“ Hier sind in großen Zügen diejenigen Gebiete bezeichnet, auf welchen die Staatsregierung eine Gemeinlichkeit der Staatseinrichtungen herbeizuführen hat. Es entspricht eben so sehr der Befugnis, wie der Pflicht der Regierung, wenn sie die notwendige Ausgleichung auf allen jenen Gebieten noch vor dem 1. Oktober d. J., wo die preussische Verfassung in den neuen Landestheilen in Kraft treten soll, auf dem Wege königlicher Verordnung herbeiführt. Zu solchem Zwecke eben ist der Regierung durch die Einverleibungsgesetze die ausgedehnte Vollmacht bis zum 1. Oktober gegeben worden, und jeder Kundige wird zugeben, daß nur auf solchem Wege die Ueberleitung in die preussischen Verhältnisse einfach und leicht erfolgen kann. Die neuesten Schritte der Staatsregierung geben den Beweis, daß dieselbe bei der in Rede stehenden Ausgleichung darauf bedacht ist, den neuen Landestheilen auch alle Vortheile und Erleichterungen der preussischen Gesetze schon jetzt zu Theil werden zu lassen. Gleichzeitig mit unserer Strafgesetgebung hat die Regierung auch das preussische Pressgesetz und das Vereinsgesetz in allen neuen Provinzen in Kraft gesetzt, und damit auf die Ausübung der Befugnisse verzichtet, welche sie bisher dort zu üben berechtigt war. Diese Thatsache beweist zur Genüge, daß die Regierung sich bei ihrem Vorgehen nicht durch engherzige politische Rücksichten, sondern lediglich durch die Grundsätze und Gesichtspunkte unerlässlicher Ausgleichung und einheitlichen Rechts leiten läßt, welche den erwähnten Allerhöchsten Verheißungen zu Grunde liegen.

— Es heißt, daß die Verwaltungs-Vorstände der Aktien-Gesellschaft, welche zur Exploitation der Spielbanken zu Wiesbaden und Ems errichtet ist, auf die von und mitgetheilten Vorschläge der preussischen Regierung nicht einzugehen gesonnen, vielmehr Willens sind, auf ihrem formellen Rechte zu beharren und eventuell die Regierung gerichtlich zur Aufrechterhaltung der ihnen eingeräumten Privilegien zu zwingen. Die Aktien, die nach jenen Vorschlä-

gen bis 1870 al pari amortisirt werden sollen, nahmen bisher einen Coursstand von ca. 200 pCt. ein.

— Wie die „B. V.-Z.“ erzählt, hat Schneidemühl, wo sich bisher eine von dem Bankkomptoir in Posen ressortirende Bank-agentur befand, aufgehört, zu den preussischen Bankplätzen zu gehören.

Hannover, 15. Juli. Nachdem unser Civil-Administrator, Geh. Regierungsrath Hr. v. Hardenberg, von seiner Reise nach Berlin, wo er bekanntlich an den Vorberathungen zur Organisation unserer Provinz theilgenommen, zurückgekehrt ist, scheint man auf den definitiven Abschluß der Organisation eifrig bedacht zu sein. Die 24 Vertrauensmänner, deren Stimmen die Regierung bei dem schwierigsten Werke zu vernehmen wünscht, werden noch in dieser Woche nach Berlin berufen werden, um unter Vorsitz des Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, und Assistenz des Regierungs-Präsidenten Freiherrn v. Nordenflicht, welchem eine Wirksamkeit in der demnächstigen Verwaltung Hannovers zugesagt ist, mit ihrer Kenntniss der Verhältnisse und Bedürfnisse ihrer Heimath bei der Feststellung der neuen Verhältnisse gehört zu werden. Wie die bei der Auswahl der Vertrauensmänner von der Regierung bewiesene vorurtheilsfreie Unparteilichkeit hier im Publikum mit Befriedigung aufgenommen ist, so hat sich auch die Presse durchaus anerkennend darüber ausgesprochen.

— Aus Burgdorf meldet der „Anz.“, daß der frühere Amts-Assessor Ulrichs aus Minden entlassen ist. — Der hier wohnhafte pensionirte Hauptmann v. Stolzenberg wurde, wie der „H. C.“ hört, vor einigen Tagen aus politischen Gründen verhaftet, bald aber, da sich nichts Gravierendes fand, wieder in Freiheit gesetzt. — Der „H. C.“ erzählt, daß die Osnabrücker Lotterie-Kollektoren eine Deputation an Sr. Maj. den König nach Ems senden wollen, um einen (längeren) Aufschub der Aufhebung ihrer Lotterie zu erwirken.

Köln, 16. Juli. Ihre Maj. die Königin wird Mittwoch Mittag von Paris abreisen, Donnerstag früh hier eintreffen und sich dann nach Koblenz begeben.

Frier, 16. Juli. Bei der heute stattgehabten Bischofswahl ist der seitherige hiesige Weihbischof Matthias Eberhard erwählt und seine Erwählung so ebn verkündet worden.

Ems, 16. Juli. Sr. Majestät der König haben gestern Mittag das erste Bad genommen. Zu Vorträgen wurden empfangen der Ober-Präsident v. Möller, der Civilkommissar v. Madat, der Geh. Rabinetsrath v. Müller. Später ertheilten der Könige Majestät einer Deputation aus Marienberg im Westerwald, an deren Spitze der Landrath Dr. Wismana stand, Audienz. — Sr. Majestät den König von Portugal geseiteten Sr. Majestät der König bei der gestern Vormittag 11 Uhr erfolgten Abreise bis zum Bahnhofs.

München, 15. Juli. Der Wehrgefehtentwurf, den die Abgg. Dr. M. Barth und Stenglein in Folge eines Kompromisses zwischen der Lichensfeld'schen Partei und der Linken ausgearbeitet haben, hat nach Angaben hiesiger Blätter im Wesentlichen folgenden Inhalt: Die Militärpflichtigkeit soll vom 20. bis zurückgelegten 41. Lebensjahr dauern, die Armee in die aktive Armee (3 Jahre Dienstpflicht), Kriegesreserve (2 Jahre), Legion, Landwehr und Landsturm eingetheilt werden. Die Institute der einjährigen Freiwilligen, der Kapitulanten, der Begünstigung gedienter Offiziere, der Kontrollversammlungen und Uebungen für Kriegs-Reserve, Legionäre und Landwehr sind beibehalten. Wenn die Ergänzungsmannschaft dem Bedarf übersteigt, so entscheidet Loosung. Die der aktiven Armee angehörigen Pflichtigen sollen im Frieden nur bis nach vollendeter militärischer Ausbildung präsent sein. Wehrvereine sollen gebildet werden. Die übrigen Abschnitte behandeln die Rekrutierungs-geschäfte, die Strafbestimmungen und schließlich gewisse Uebergangsbestimmungen, darunter die, daß die Landwehr bis zu ihrer dringend nothwendigen Reorganisation in ruhige Aktivität zu treten habe.

Ausland.

Wien, 15. Juli. Der Hof soll jetzt endlich Spezial-Nachrichten über die Gefangenennahme, den Schein-Prozess und die Erschießung des Kaisers Maximilian erhalten haben, und man versichert, daß sie nicht dazu angethan seien, den Schmerz und Unwillen zu mildern. Darüber, ob der Vice-Admiral v. Tegethoff, welcher den Auftrag erhalten hat, den Kaiserlichen Leichnam in die Heimath zu bringen, seine Mission durchzuführen im Stande sein wird, herrschen hier noch mannigfache Zweifel. Die Nachricht französischer Blätter, daß der französische Gesandte Herr Dano mit seinem Gesandtschafts-Personal, sowie die gesammte übrige europäische Diplomatie in Mexiko von Juarez für den Fall, daß Europa Repräsentanten nehmen wollte, als Gefangen zurückgehalten würden, hat in den hier eingelaufenen Meldungen bis jetzt keinerlei Bestätigung gefunden. Wenn verglichen auch im Charakter der mexikanischen Parteihäupter liegen mag, so müßten diese doch zunächst irgend einen Anhaltspunkt für die angebliche Absicht der europäischen Mächte, Vergeltung zu üben, aufstellen können. Ein solcher existirt aber nicht, und man kann jetzt schon mit voller Zuversicht die Behauptung aussprechen, daß keine der europäischen Mächte in Mexiko einen Schritt thun wird, der einer Repräsentation ähnlich sähe, und daß noch weniger eine Vereinigung mehrerer Mächte zu diesem Zwecke zu Stande kommen wird. Die in den Blättern gemeldete Abberufung der europäischen Gesandtschaften aus Mexiko ist ganz natürlich, denn die europäischen Höfe, welche den Kaiser Maximilian anerkannt hatten, waren nur bei diesem vertreten, und mit dem Tode des Kaisers Maximilian erlosch auch das Mandat der Gesandten.

Triest, 13. Juli. Die „Triest. Ztg.“ schreibt: „Unsere Bevölkerung hat dem innigen und aufrichtigen Schmerze, welchen sie

Im Westen:		Im Osten:	
Paris	16, N., Wind S	Danzig	10, N., Wind SSO
Brüssel	10, N., " SSW	Königsberg	11, N., " W
Trier	11, N., " S	Memel	12, N., " NW
Köln	13, N., " R	Riga	— N., " S
Münster	11, N., " SW	Petersburg	12, N., " S
Berlin	12, N., " SW	Moskau	— N., " —
Im Süden:		Im Norden:	
Breslau	12, N., Wind SW	Christiansb.	16, N., Wind D
Katibor	11, N., " SO	Stockholm	— N., " —
		Haparanda	— N., " —

Eisenbahn-Actien.			Prioritäts-Obligationen.			Prioritäts-Obligationen.			Preussische Fonds.			Fremde Fonds.			Bank- und Industrie-Papiere.		
Dividende pro 1866.			Aachen-Düsseldorf			Magdeb.-Wittenb.			Freiwillige Anleihe			Babische Anleihe 1866			Bayerische Anleihe 1866		
Aachen-Masricht	0	4	83 1/2	4	83 1/2	Magdeb.-Wittenb.	4	83 1/2	4	98	4	Babische 35 fl. Loose	4	92	Bayerische 35 fl. Loose	4	92
Altona-Kiel	9	4	131 1/2	4	131 1/2	do.	4	94 1/2	4	103 1/2	4	Bayerische Präm.-Anl.	4	99 1/2	Bayerische Präm.-Anl.	4	99 1/2
Amsterdam-Rotterd.	4 1/2	4	97 1/2	4	97 1/2	Niederst.-Märk. I.	4	89	4	98 1/2	4	Bair. St.-Anl. 1859	4	94	Bair. St.-Anl. 1859	4	94
Bergisch-Märkische	8	4	144 1/2	4	144 1/2	do.	4	86 1/2	4	90 1/2	4	Braunschw. Anl. 1866	4	101 1/2	Braunschw. Anl. 1866	4	101 1/2
Berlin-Anhalt	13 1/2	4	218	4	218	do. conv. I. II.	4	89	4	87	4	Deutscher Präm.-Anl.	4	97 1/2	Deutscher Präm.-Anl.	4	97 1/2
Berlin-Görlitz St.	—	4	69	4	69	do.	4	87	4	87	4	Hamb. Pr.-Anl. 1866	4	—	Hamb. Pr.-Anl. 1866	4	—
do. Stamm-Prior.	—	4	96	4	96	do.	4	87	4	87	4	Preuss. Präm.-Anl.	4	48 1/2	Preuss. Präm.-Anl.	4	48 1/2
Berlin-Hamburg	9	4	156	4	156	Niederst.-Märk. II.	4	89	4	89	4	Sächsische Anleihe	4	104 1/2	Sächsische Anleihe	4	104 1/2
Berl.-Potsd.-Magb.	16 1/2	4	214 1/2	4	214 1/2	Oberst.-Märk. I.	4	89	4	89	4	Schwedische Loose	4	10	Schwedische Loose	4	10
Berlin-Stettin	8 1/2	4	138 1/2	4	138 1/2	do.	4	89	4	89	4	Defferr. Metalliques	4	46 1/2	Defferr. Metalliques	4	46 1/2
Böhm. Westbahn	5 1/2	4	59 1/2	4	59 1/2	do.	4	89	4	89	4	National-Anl.	4	56	National-Anl.	4	56
Bresl.-Schw. Freib.	5 1/2	4	95 1/2	4	95 1/2	do.	4	89	4	89	4	1854er Loose	4	62 1/2	1854er Loose	4	62 1/2
Brieg-Neisse	5 1/2	4	95 1/2	4	95 1/2	do.	4	89	4	89	4	Credit-Loose	4	68	Credit-Loose	4	68
Coln-Minden	9 1/2	4	141 1/2	4	141 1/2	do.	4	89	4	89	4	1860er Loose	4	72	1860er Loose	4	72
do. Stamm-Prior.	4 1/2	4	80	4	80	do.	4	89	4	89	4	1864er Loose	4	42	1864er Loose	4	42
do.	5	4	84	4	84	do.	4	89	4	89	4	1864er Sb.-A.	4	62	1864er Sb.-A.	4	62
Galiz. Ludwigsb.	6 1/2	4	86	4	86	do.	4	89	4	89	4	Italienische Anleihe	4	50 1/2	Italienische Anleihe	4	50 1/2
Edbau-Jittau	10 1/2	4	149	4	149	do.	4	89	4	89	4	Russ.-engl. Anl. 1862	4	87 1/2	Russ.-engl. Anl. 1862	4	87 1/2
Ludwigsb.-Bergb.	14	4	187	4	187	do.	4	89	4	89	4	do. 1864 engl.	4	88 1/2	do. 1864 engl.	4	88 1/2
Magdeburg-Halberst.	20	4	256	4	256	do.	4	89	4	89	4	Russ. Pr.-Anl. 1864	4	93 1/2	Russ. Pr.-Anl. 1864	4	93 1/2
do.	—	4	89 1/2	4	89 1/2	do.	4	89	4	89	4	do. 1866	4	93 1/2	do. 1866	4	93 1/2
Main-Ludwigsb.	7 1/2	4	126 1/2	4	126 1/2	do.	4	89	4	89	4	Russ.-poln. Sch.-Dbl.	4	66 1/2	Russ.-poln. Sch.-Dbl.	4	66 1/2
Mecklenburger	3	4	74 1/2	4	74 1/2	do.	4	89	4	89	4	Part.-Dbl. 500 fl.	4	94 1/2	Part.-Dbl. 500 fl.	4	94 1/2
Münster-Damm	4	4	90 1/2	4	90 1/2	do.	4	89	4	89	4	Amerikaner	4	77 1/2	Amerikaner	4	77 1/2
Niederst.-Märkische	4	4	90 1/2	4	90 1/2	do.	4	89	4	89	4	Wechsel-Cours.			Wechsel-Cours.		
Niederst.-Märk. Zweigb.	5	4	90	4	90	do.	4	89	4	89	4	Amsterdam kurz	3	143 1/2	Amsterdam kurz	3	143 1/2
Nordbahn, Freib.-Witb.	4 1/2	4	92 1/2	4	92 1/2	do.	4	89	4	89	4	do. 2 Mon.	3	142 1/2	do. 2 Mon.	3	142 1/2
Oberst.-Märk. Lit. A. u. C.	12	4	164 1/2	4	164 1/2	do.	4	89	4	89	4	Hamburg kurz	2	151	Hamburg kurz	2	151
do. Lit. B.	12	4	164 1/2	4	164 1/2	do.	4	89	4	89	4	do. 2 Mon.	2	150 1/2	do. 2 Mon.	2	150 1/2
Defferr.-Franz Staatsb.	5	4	73 1/2	4	73 1/2	do.	4	89	4	89	4	London 3 Mon.	3	6 23 1/2	London 3 Mon.	3	6 23 1/2
Doppel-Eisenbahn	6 1/2	4	117 1/2	4	117 1/2	do.	4	89	4	89	4	Paris 2 Mon.	3	80 1/2	Paris 2 Mon.	3	80 1/2
do. Stamm-Prior.	—	4	—	4	—	do.	4	89	4	89	4	Wien Defferr. B. 8 Z.	4	80 1/2	Wien Defferr. B. 8 Z.	4	80 1/2
Rhein-Nahe-Bahn	0	4	29	4	29	do.	4	89	4	89	4	do. 2 Mon.	4	79 1/2	do. 2 Mon.	4	79 1/2
Russische Eisenbahn	5	4	76 1/2	4	76 1/2	do.	4	89	4	89	4	Augsburg 2 Mon.	4	56 22	Augsburg 2 Mon.	4	56 22
Stargard-Posen	4 1/2	4	95	4	95	do.	4	89	4	89	4	Leipzig 8 Tage	4	99 1/2	Leipzig 8 Tage	4	99 1/2
Südöst. Bahnen	7 1/2	4	102 1/2	4	102 1/2	do.	4	89	4	89	4	do. 2 Mon.	4	99 1/2	do. 2 Mon.	4	99 1/2
Thüringer	7 1/2	4	128 1/2	4	128 1/2	do.	4	89	4	89	4	Frankfurt a. M. 2 Mon.	3	56 24	Frankfurt a. M. 2 Mon.	3	56 24
Warschau-Wien	—	4	59 1/2	4	59 1/2	do.	4	89	4	89	4	Petersburg 3 Wochen	7	93 1/2	Petersburg 3 Wochen	7	93 1/2
						do.	4	89	4	89	4	do. 3 Mon.	7	91 1/2	do. 3 Mon.	7	91 1/2
						do.	4	89	4	89	4	Warschau 8 Tage	6	83 1/2	Warschau 8 Tage	6	83 1/2
						do.	4	89	4	89	4	Bremen 8 Tage	3	110 1/2	Bremen 8 Tage	3	110 1/2

Familien-Nachrichten.
Verlobt: Fräulein Amanda v. Gerhardt mit dem Herrn v. d. Herr v. Gerhardt (Stollp.). — Fräulein v. Gerhardt mit Herrn v. d. Herr v. Gerhardt (Stollp.).
Geboren: Ein Sohn: Herr v. d. Herr v. Gerhardt (Stollp.).
Gestorben: Herr v. d. Herr v. Gerhardt (Stollp.).

Bekanntmachung.
 In dem Konkurs über das Vermögen des Gutsbesizers **Adolph Tamms** zu Bismarck ist zur Verhandlung und Beschlussfassung über einen Afford Termin auf den 24. Juli 1867, Vormittags 10 Uhr, in unserm Gerichtssitzlokale, Terminzimmer Nr. 13, vor dem unterzeichneten Kommissar anberaumt worden. Die Beteiligten werden hierdurch mit dem Bemerken in Kenntniss gesetzt, dass alle festgestellten oder vorläufig zugelassenen Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weber ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlussfassung über den Afford berechtigen.
 Stettin, den 13. Juli 1867.

Königl. Kreisgericht.
Der Kommissar des Konkurses.
Heinrich,
 Kreisgerichtsrath.

Kirchliches.
In der Schloß-Kirche:
 Donnerstag, den 18. d. M., Abends 6 Uhr: Bibelstunde. Herr General-Superintendent Dr. Jaspis.
In der St. Lucas-Kirche:
 Donnerstag, den 18. d. M., Abends 8 Uhr: Bibelstunde. Herr Prediger Friedländer.

Polizei-Verordnung,
 betreffend die Aufstellung und Benutzung von Anschlagssäulen im Polizei-Bezirk von Stettin.

Im Interesse einer besseren Regelung des öffentlichen Anschlags von Bekanntmachungen und um eines Theils diesen eine größere Verbreitung zu sichern, andern Theils den Beschwerden von Hausbesitzern über die Benutzung ihrer Häuser zum öffentlichen Anschlag abzuhelfen, werden, wie dies auch in manchen andern Orten bereits eingeführt ist, an geeigneten Stellen, welche durch Bekanntmachung der Polizei-Behörde zur öffentlichen Kenntniss zu bringen sind, Anschlagssäulen im Polizei-Bezirk von Stettin errichtet werden.
 In Bezug auf die Benutzung dieser Säulen verordnet die Polizei-Direktion auf Grund der §§ 5 und 6 im Gesetz vom 11. März 1850 mit Genehmigung der Königl. Regierung und unter Zustimmung der betreffenden Magistrats und Orts-Vorstände, für den ganzen Polizei-Bezirk von Stettin, was folgt:

1. erste Größe 7" hoch, 9" breit,
 2. zweite " 14" hoch, 9" breit,
 3. dritte " 14" hoch, 18" breit,
 4. vierte " 28" hoch, 18" breit,
 5. fünfte " 28" hoch, 36" breit.
- Anzeigen von anderen Größen werden zum Anschlag an die Säulen nur insoweit zugelassen, als deren Raum

nicht bereits von Anzeigen in den Normal-Größen in Anspruch genommen ist.
 Entfallen hierüber Streitigkeiten, so entscheidet diese endgültig die Polizei-Direktion.
 Der Anschlag der Anzeigen an die in drei Feldern eingetheilten Säulen erfolgt in der Art, daß Anzeigen der dritten Größe in allen drei Feldern, Anzeigen der ersten und zweiten Größe nur im mittleren Felde und am Fuße der Säulen und Anzeigen der vierten und fünften Größe im oberen und unteren Felde Aufnahme finden.

§ 3.
 Für die Benutzung des Raumes der Säulen zu Anzeigen ist an den Buchdruckerei-Besitzer **Robert Grassmann** eine Abgabe zu entrichten.
 Diese Abgabe beträgt für die Benutzung eines Raumes von der ersten Größe (7" hoch, 9" breit) — 4 Gr.
 " zweiten " (14" hoch, 9" breit) — 8 Gr.
 " dritten " (14" hoch, 18" breit) — 12 Gr.
 " vierten " (28" hoch, 18" breit) — 25 Gr.
 " fünften " (28" hoch, 36" breit) 1 fl. 12 1/2 Gr.
 pro Tag und 25 Säulen.

§ 4.
 Für die Benutzung der die Zahl 25 überschreitenden Säulen wird nur die Hälfte des bezüglichen der vorstehenden Abgabensätze entrichtet.
 Bei Benutzung der Säulen für Anzeigen in anderen als den Normalgrößen, wird die Abgabe nach der Größe des erforderlichen Raumes in der Art berechnet, daß je eine Fläche von 63 Quadratpollen als Einheit gilt, welche bei 25 Säulen mit 4 Gr. und bei den über die Zahl von 25 hinausgehenden Säulen mit 2 Gr. pro Tag berechnet wird.
 Die Abänderung der Abgabensätze bleibt der Polizei-Direktion vorbehalten.

§ 5.
 In der nach § 3 zu entrichtenden Abgabe ist die Gebühr für das Anbringen oder Befestigen der Anzeigen an die Säulen nicht mit eingerechnet.
 Die Zahlung der im § 3 bestimmten Abgabe muß allemal vor der Benutzung der Säulen erfolgen.

§ 6.
 Öffentliche Behörden können nicht allein die im § 1 gedachten Säulen unentgeltlich, sondern auch andere Orte als die Säulen, letztere jedoch nur mit der Zustimmung der Polizei-Direktion zum Ansetzen ihrer Publikationen benutzen.

§ 7.
 Der Buchdruckerei-Besitzer **Robert Grassmann** ist nicht berechtigt, die Benutzung der im § 1 gedachten Säulen für den Anschlag einer an sich gesetzlich zulässigen Anzeige zu verweigern. Wenn jedoch der Säulenraum zur Aufnahme der sämtlichen an einem Tage zu befestigenden Anzeigen nicht ausreicht, so steht es demselben frei, zunächst die Anzeigen, welche nicht in einer der Normalgrößen angehängt werden sollen, so lange zurückzulegen, bis der nötige Raum vorhanden ist. Sind auch dann noch mehr Anzeigen zum Anschlag eingeleitet, als wie an den Säulen angehängt werden können, so wird die Zahl der anzuhängenden Exemplare nach dem Verhältnis des Raumes beschränkt und der Abgabensatz in gleichem Verhältnis ermäßigt.

§ 8.
 Jede zum Anschlag bestimmte Anzeige muß spätestens bis Abends 8 Uhr in dem für diesen Geschäftszweig bestimmten Lokale des **Grassmann** vorgelegt und die Abgabe für den zu benutzenden Säulenraum nach dem § 3 aufgestellten Tarif entrichtet werden. Für die in dieser Weise zum Anschlag angemeldete Anzeige muß der erforderliche Raum auf den Anschlagssäulen innerhalb 24 Stunden eingeräumt werden, soweit nicht die in den vorhergehenden §§ vorgesehene Beschränkung wegen mangelnden Raumes eintreten muß. — Die Entscheidung über den Anschlag erfolgt jedoch erst nach Eingang sämtlicher für den kommenden Tag bestimmten Anzeigen. Die Regelszeit ist abends, daß der Anschlag der bis Abends 8 Uhr eingeleiteten Anzeigen, soweit derselbe auch durch den **Grassmann** besorgt werden soll, am andern Morgen in der Frühe erfolgt.
 Öffentlichen Behörden, sowie der hiesigen Theater-Direktion muß, soweit dies irgend möglich, der zum Anschlag erforderliche Raum stets zwei Stunden nach der Vorlegung ihrer Anzeigen überwiesen werden.
 § 9.
 Die in dem im § 8 bezeichneten Geschäftsfeld vorgelegten, zum Anschlag bestimmten Anzeigen werden mit

einer mittelst Stempelbruchs hergestellten Nummer versehen. Der Anzeigende ist verpflichtet, den mit dieser Nummer bezeichneten Raum der Säule beim Anschlag zu benutzen.
 § 10.
 Anzeigen, welche nicht mit der im § 9 gedachten Nummer versehen sind, oder sich nicht an dem angewiesenen Plage der Säule befinden, können durch die im § 11 dieser Verordnung näher bezeichneten Personen entfernt werden.

§ 11.
 Die Anzeigen dürfen von den Anschlagssäulen nur durch die hierzu von dem Buchdruckereibesitzer **Robert Grassmann** bestellten und mit polizeilichen Legitimationskarten versehenen Personen abgenommen werden.
 § 12.
 Wer Anzeigen auf öffentlichen Plätzen, Straßen und Wegen im Polizei-Bezirk von Stettin an andern Orten als an den im § 1 gedachten Anschlagssäulen anbringt oder befestigen läßt, oder, ohne dazu legitimiert zu sein, angeschlagene Anzeigen von diesen Säulen entfernt, verfällt, ebenso wie derjenige, welcher die Anschlagssäulen absichtlich beschädigt oder zerstört, in eine Geldstrafe bis zu 10 Tblr. und im Unvermögensfalle in eine verhältnismäßige Gefängnisstrafe, wenn nach Beschaffenheit des Falles nicht die Strafen des § 41 des Preuss. Strafgesetzbuchs vom 12. Mai 1851 und der §§ 107, 281 und 282 des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851 zur Anwendung kommen.
 Stettin, den 1. Juli 1867.

Königliche Polizei-Direktion.
von Warnstedt.

Bekanntmachung.
 Die bei dem Dorfe Klitz, eine Meile vom Bahnhof Finkenwalde, dreißig Ruthen von einem, in einen Seitenarm der Oder führenden Kanal entfernt belegene fiskalische Ziegelei soll vom 1. Januar l. J. ab auf 18 Jahre öffentlich meistbietend verpachtet werden.
 Hierzu steht ein Termin auf

Sonnabend, den 3. August d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
 auf der hiesigen Oberförsterei an, was mit dem Bemerken bekannt gemacht wird, daß die Pachtabbedingungen nebst Karte in der Registratur des Unterzeichneten eingesehen werden können.

Jeder, welcher zur Abgabe von Geboten zugelassen werden will, hat bei dem im Termine anwesenden Kassen-Adjunkten eine Caution von Einhundert Thalern zu deponieren und wird bemerkt, daß nach dem um 1 Uhr Nachmittags stattfindenden Schlusse des Termins nachträgliche Gebote nicht mehr angenommen werden.
 Klitz, den 15. Juli 1867.

Der Königl. Oberförster
Getze.

Bekanntmachung.
 Die mit 400 fl. Gehalt dotirte Subrektorstelle an unserer oberen Stadtschule soll sofort wieder besetzt werden. Pro schola bestandene Candidaten der Theologie wollen sich bei uns melden.
 Swinemünde, den 12. Juli 1867.

Der Magistrat.
Bacante Schulstelle.
 An unserer Stadtschule wird zum 1. Oktober cr. eine mit 180 fl. — incl. Wohnung und Feuerung — dotirte Lehrerstelle, deren Einkommen nach definitiver Anstellung des Lehrers auf 200 fl. erhöht wird, vacant.
 Bewerber wollen sich bei Einreichung ihrer Atteste bald bei uns melden.
 Wangerin, den 13. Juli 1867.

Der Magistrat.
Bekanntmachung.
 Die Lieferung von 80 Tonnen Kalk für den Dochtbau zu Swinemünde, soll im Wege der Submission vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen liegen im Subureau zu Starckenhorst bei Offizine zur Einsicht aus.
 Zur Eröffnung der Offerten ist ein Termin auf den

26. Juli a. e., Vormittags 12 Uhr
 angelegt.
 Starckenhorst bei Offizine, den 13. Juli 1867.

Der Baumeister.

Bekanntmachung.
 Die Lieferung von 125 Schachteln Lehm oder lehmhaltigem Sand für den Dochtbau zu Swinemünde soll im Wege der Submission vergeben werden. Die Lieferungsbedingungen liegen im Subureau zu Starckenhorst bei Offizine zur Einsicht aus.
 Zur Eröffnung der eingehenden Offerten ist ein Termin auf den 25. Juli a. e., Vormittags 12 Uhr angelegt.
 Starckenhorst bei Offizine, den 13. Juli 1867.

Der Baumeister.

Bekanntmachung.
Berlin-Stettiner Eisenbahn.

Die Restauration auf unserem Bahnhof zu Prenzlau soll zum 1. Oktober d. J. anderweitig auf 3 Jahre verpachtet werden. Wir eruchen geeignete Unternehmer, ihre resp. Offerten, unter Beifügung der Qualifications- und polizeilichen Führungs-Atteste an uns bis zum 10. August d. J. versiegelt einzusenden.
 Die Pachtabbedingungen sind in unserem Central-Bureau hierseits — Carlstraße Nr. 1, 2. Et. — und bei den Abtheilungsbaumeistern Busse in Berlin und Gasse in Prenzlau einzusehen.
 Stettin, den 10. Juli 1867.

Direktorium
der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft.
Zenke, Stehn, Kutscher.

Pariser Ausstellung.
 Für seine Dampf-Chokoladen-Brustbonbons und Zuckerwaren ist dem Fabrikanten Franz Stollwerck in Köln auch in diesem Jahre die Preis-Medaille zuerkannt worden. Diese Auszeichnung ist um so ehrenbarer, als die Erzeugnisse gleicher Branche aus allen Ländern, darunter von etwa vierzig der bedeutendsten pariser Häuser, mit einander concurrirten und es die einzige Medaille ist, welche hierfür auf ganz Preußen fällt.
 Besonders wird die Vielseitigkeit der Fabrikation, wie sie wohl keines der vertretenen Häuser aufzuweisen hat, so wie die vorzügliche Arbeit und Preiswürdigkeit der ausgestellten Waaren selbst seitens der französischen Concurrenz auf das Lobenswerthe anerkannt.

Obige Chokoladen dürften wohl geeignet sein, die in Deutschland noch vielfach herrschenden Vorurtheile, daß nur Paris Vorzügliches in Chokoladen und Confituren liefern könne, zu beseitigen, um so mehr, als der Verkauf der Stollwerck'schen Fabrikate in der Ausstellung selbst ein ganz bedeutender ist.
 Die vor allem einem Jahre dem Betriebe übergebene neue größere Fabrik des Herrn Stollwerck vermag die einkaufenden Aufträge nicht zu bewältigen, und steht derselbe im Begriffe, ein größeres Etablissement zu errichten, wozu bereits die neuesten und vorzüglichsten in der pariser Ausstellung befindlichen Maschinen acquirirt sind.
 (Königliche Zeitung, 10. Juli, Nr. 189, Zweites Blatt).

Lotterie-Anzeige.
 Die Erneuerung der III. Klasse 152ter Königl. Preuss. Lotterie zu Frankfurt a. M. ist bei Verlust jeden Anrechts bis zum 22. d. M. zu bewirken. Bis dahin find auch Freiloose und Gewinne in Empfang zu nehmen.

Max Meyer,
 Große Domstraße 13, der Expedition der „Post-Zeitung“ gegenüber.
 Wir empfehlen hiermit unser Mehl in allen Sorten und Nummern, sowie Bretter, Bohlen und Oehlzer in allen Dimensionen zu soliden Preisen, und bitten bei prompter Bedienung um geneigten Zuspruch.
 Dampfmahl- und Schneidemühle in Greifenhagen.
Fechner & Lockstadt.

